

Sicherer unterwegs: Tempo 30 soll Fußgänger schützen!

Goslar diskutiert beim Verkehrsgerichtstag 2025 über Tempo 30 und Fußgängersicherheit. Experten fordern Maßnahmen für besseren Schutz.



Goslar, Deutschland -

Die Gewerkschaft der Polizei fordert eine Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 innerorts, um die Sicherheit für Fußgänger zu erhöhen. In vielen deutschen Kommunen, einschließlich Karlsruhe, wird bereits über die Reduzierung der Geschwindigkeit diskutiert. Statistiken belegen, dass etwa die Hälfte der Fußgängerunfälle von Autofahrern verursacht wird. Im Jahr 2023 verloren 437 Fußgänger beim Verkehrsunfall ihr Leben, insgesamt gab es 31.268 Verletzte. Insbesondere ungünstige Witterungsbedingungen wie Dunkelheit und Nebel erschweren das Fahren.

Michael Mertens, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft, spricht sich für Tempo 30 innerorts aus und schlägt höhere Bußgelder vor, um Fußgänger besser zu schützen. Der Verkehrsgerichtstag in Goslar beschäftigt sich jährlich mit Themen der Verkehrssicherheit und wird im Jahr 2025 das Thema „Fußgänger im Straßenverkehr – Opfer oder Täter?“ behandeln. Vertreter aus verschiedenen Bereichen, darunter Richter und Unfallforscher, nehmen an den Diskussionen teil und erörtern Vorschläge zur Verbesserung des Fußgängerschutzes. Dazu zählen:

- Die Einführung von grundsätzlich Tempo 30.
- Ein Rückgang parkender Autos am Fahrbahnrand.
- Die Aufforderung an Kommunen, mehr Tempo-30-Zonen auszuweisen.
- Abbiegen und Fußverkehr sollen nicht gleichzeitig „Grün“ haben.
- Weniger Radfahrer, die auf Gehwegen fahren.

Zusätzlich wird der Einsatz intelligenter Scheinwerfer zur Erhöhung der Sicherheit und die vermehrte Nutzung von Dashcams zur Unfalldokumentation genannt.

Forderungen der Verkehrsplaner

Verkehrsplanerin Katalin Saary betont, dass Falschparken und überhöhte Geschwindigkeit konsequenter geahndet werden müssen. Fußgänger würden oft zu spät wahrgenommen, und Studien zeigen, dass bei jedem fünften Fuß- und Radverkehrsunfall parkende Autos eine Rolle spielen. Saary schlägt vor, mehr Gehwegnasen (vorgezogene Bürgersteige) einzuführen, um die Fahrbahn an Querungen zu verengen. Ein Umdenken in der Verkehrsplanung ist notwendig, wobei Fußgänger Priorität haben sollten und Parkplätze nur berücksichtigt werden sollten, wenn ausreichend Platz vorhanden ist.

Die Unfallforscherin Kirstin Zeidler fordert die Einrichtung von

mehr Zebrastreifen, Ampeln und Verkehrsinseln an geeigneten Stellen. Verkehrsbeobachtungen sollen helfen, den Bedarf für Querungshilfen zu ermitteln. Die Deutsche Polizeigewerkschaft setzt sich zudem für eine einfachere Einrichtung von Fußgängerüberwegen ein und empfiehlt technische Lösungen wie aktiv bremsende Assistenzsysteme und vernetzte Ampeln.

Die Diskussionen rund um diese Themen finden im Rahmen des Verkehrsgerichtstags statt, der vom 29. Januar an in Goslar stattfindet und mit Empfehlungen an den Gesetzgeber abschließt.

Details	
Vorfall	Verkehrsunfall
Ursache	Nicht angepasste Geschwindigkeit, Witterungsbedingungen
Ort	Goslar, Deutschland
Verletzte	31268
Quellen	• www.ka-news.de • www.br.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de